

Abgeordnetenhaus.

69. Sitzung am 7. Juni.

Dritte Berathung des Gesetzwurfs betreffend die Verwendung des Sperrgeldfonds.

Abg. Reichensperger (Centr.): Die heftigen Angriffe des Abg. Stöcker gegen die katholische Kirche werden uns nicht dazu bestimmen, den von uns stets festgehaltenen Standpunkt der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Confession aufzugeben. Es würde uns sonst an trefflichen, hochinteressanten Kampfobjecten keineswegs fehlen. (Sehr wahr! im Centrum.) Alle Ausführungen des Ministers v. Goltzler zu Gunsten der Rentenzahlung erledigt sich durch die Thatsache, daß Minister Falk bei Berathung des Sperrgesetzes wörtlich erklärt hat: Wenn künftig einmal die jetzt einzubehaltenden Gelder würden zurückgegeben werden, dann sei es selbstverständlich, daß dieselben an die zum Bezuge derselben berechtigt Gewesenen oder nach dem Vorschlage der zuständigen Kirchenbehörden zu verwenden sein würden. Damit ist widerlegt, daß schon das Sperrgesetz selber eine Confiscation der gesperrten Gelder ausgesprochen habe. Reht sich die jetzige Majorität nicht hieran, so ist sie es unzulässig, welche die Confiscation ausspricht. Thun Sie, was Sie nicht lassen können; wir meinen, durch jede solche Vergewaltigung wird die Macht der Kirche nicht gemindert, sondern vermehrt. Handeln Sie nach des Herzens Gelüsten; wir sind zufrieden. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Abg. v. Meyner-Arnswalde (conf., bei k. Fr.): Ich bin der Meinung, daß der Staat nicht die Verpflichtung hat, das Kapital zurückzahlen. Ich halte deshalb diese Vorlage für durchaus berechtigt. Wenn die Cartellparteien der Vorlage nicht zustimmen wollen, wenn das Centrum sich ebenfalls dagegen erklärt, so verstehe ich diese Logik eigentlich nicht. Ich stimme dafür, auch wenn das Centrum nein sagt. Wenn die Herren jährlich 560 000 Mk. zwangsweise erhalten, so wird dies seine beruhigende Einwirkung auf sie nicht verfehlen. (Heiterkeit.) Die Bischöfe werden sich schon bereit erklären, das Angebot anzunehmen, und das katholische Volk wird auf alle Fälle den Bischöfen beitreten.

Abg. Graf Strachwitz (Centr.) führt nochmals aus, daß es sich hier um privatrechtliche Verpflichtungen handle, und daß nicht schon das Sperrgesetz von 1875 eine Confiscation des Kapitals ausgesprochen habe, sondern daß das erst jetzt, nach dem Willen der Mehrheit, geschehen solle. Erst die jetzige Vorlage bedeute eine Confiscation des Kapitals. Die Hinweisung auf das 7. Gebot in einer früheren Rede hat sich selbstverständlich nicht, wie mir ein Redner untergelegt, auf den Kaiser Wilhelm I. beziehen sollen. Im constitutionellen Staat trägt nicht die Krone, sondern tragen die Minister die Verantwortlichkeit für die Vorlagen. Kaiser Wilhelm I. ist bekanntlich auch ein Gegner des Culturkampfes gewesen, wenn er auch dem Fürsten Bismarck dabei freie Hand gelassen hat.

Abg. Stöcker (conf.): Der Abg. Reichensperger warf mir vor, ich hätte die katholische Kirche verunglimpft. Ich erkläre das für eine Unwahrheit. (Höl im Centrum.) Sie (zum Centrum) reden gegen den preussischen Staat, gegen Gesetze, die doch bestanden haben, gegen die gegenwärtige Vorlage die

empörendsten Dinge. Wenn man Ihnen mit Thatsachen begegnet, so schlagen Sie die Hände über dem Kopfe zusammen und sagen: Hehrede! Sie werden allmählich auf den Standpunkt gerathen, auf dem unsere jüdischen Mitbürger stehen, die sich für berechtigt halten, gegen alles Uebrige im Staatsleben die unversöhnlichsten Aeußerungen zu thun, dagegen, wenn man ihnen entgegentritt, sofort über Intoleranz zu klagen. (Lebh. Zustimmung rechts.) Ich begreife das von den Juden und der Judenpresse, aber von einer so großen Partei begreife ich es nicht. (Unruhe links.) In der Aeußerung über Verletzung des siebenten Gebots liegt eine Anregung socialdemokratischer Leidenschaften. Wir würden gern das Unrecht des Sperrgesetzes aus der Welt schaffen, aber wir können das nicht, wenn Sie uns sagen, wer für das Gesetz stimmt, stimmt für die Socialdemokraten. So lange solche Aeußerungen nicht weggeräumt sind, werden wir wie das Centrum gegen das Gesetz stimmen.

Abg. Windthorst: Es scheint Bedürfnis zu sein, durch Erregung von Staub die Gemüther zu stärken, und darum hat man wohl den Abg. Stöcker, der Staub zu erregen am besten geeignet ist, vorgeschickt. Herr Stöcker sprach bald im Namen seiner Freunde, bald für sich persönlich, und das ging bunt durcheinander. Hr. Stöcker scheint eben nicht mehr so klar zu sein, wie früher. (Lachen rechts.) Die Anklagen des Grafen Strachwitz richteten sich gegen den verantwortlichen Minister, nicht gegen die Person des Fürsten. Was der König Wilhelm gedacht hat für seine Person, hat er ausgesprochen, als er in Königsberg die Krone vom Altar nahm. Was nachher unter dem Ministerium Falk und Bismarck geschehen ist, haben diese Herren gethan. Ich halte mich aber an den König von Königsberg. Was die Kirche in allen Jahrhunderten gethan, das übernehmen wir voll auf unsere Verantwortlichkeit. Aber was die weltlichen Herren und die weltlichen Mächte gethan haben im Laufe der Jahrhunderte gegen die Kirche, können wir so wenig verantworten wie irgend ein anderer. Die Herren werden wohl nicht geneigt sein, alles das zu vertreten, was in Schweden, England, Dänemark geschehen ist. (Zwischenruf rechts.) Soll ich Ihnen Vorlesungen aus dem ganzen Gange der Reformation halten und Ihnen die Zitzreden Luthers und Aeußerungen von Melancthon vorlesen? Allerdings beurtheile ich die evangelische Kirche nicht danach, aber wenn Sie durch solche Reminiscenzen uns herabsetzen, so werden wir einen Tag finden, an dem wir Ihnen alle diese Dinge vorhalten. Wenn wir das Gesetz ablehnen, so geschieht das aus ganz anderen Gründen, wie die Cartellparteien sie haben. Das ironische Verfahren derselben bei einem so ersten Gesetz scheint mir wenig am Platze. Unsere Anschauung über den rechtlichen Charakter des Gesetzes ist vollkommen gerechtfertigt. Der heilige Stuhl hat kein Wörtchen gesagt, aus dem herausgesehen werden kann, daß die Vorlage tolerirbar ist. Wenn ein unbekannter Mann im Vatican herumspinnelt, so kann ich darauf nichts geben, ich kann aber nicht laut genug nach Rom rufen, man soll dort vorsichtig sein, das System der Spitzel wird auch in Rom angewandt (Unruhe recht). Will der Minister auch heute noch behaupten, daß die Bischöfe eine andere Stellung einnehmen? Wie dem auch sei, über Privateigenthum kann niemand beliebig verfügen. Darum ist dies Gesetz ein

socialdemokratisches, und wer für dasselbe stimmt, stimmt für die Socialdemokratie. Bekehren Sie sich deshalb noch in der letzten Stunde zu unseren Anschauungen und nehmen Sie die von uns wieder eingebrachten Anträge an, vor allem meinen Hauptantrag, die Entscheidung aufzuschieben und zunächst noch mit den Bischöfen zu verhandeln. Thun Sie das nicht, dann wird Beruhigung in den katholischen Kreisen nicht eintreten. Wir werden nach der Behandlung, die wir jetzt erfahren, unsere allgemeine Stellungnahme einrichten. Wir wollen den Frieden, denn wir brauchen ihn. Die Lage ist ungeheuer ernst, denken Sie an den Reichstag. Wir lehnen das Gesetz ab, schlechter kann es uns nicht mehr gehen. (Beifall im Centrum.)

Minister v. Goltzler: Nachdem der Abg. Windthorst erklärt hat, daß das Centrum für die Vorlage nicht stimmen könne, wird das Gesetz ohne Zweifel unterliegen. Ich habe schon früher angedeutet, daß es der Regierung nicht so gut ging wie der Centrapartei. Diese hat nur auf die eine Stimmung Rücksicht zu nehmen, auf die sie entscheidenden Einfluß hat. Die Regierung dagegen ist verpflichtet, auch auf Stimmungen in anderen Parteien, kirchlichen und politischen Rücksicht zu nehmen. Nun wissen wir doch von Hrn. Windthorst selbst, daß der Papst den Bischöfen und der Centrapartei überlassen hat, sich zur Vorlage zu stellen wie sie wollen. Hat diese Erklärung einen Sinn, so handelt es sich hier um eine Frage, welche den Papst als Leiter der katholischen Kirche nicht unmittelbar angeht. Nun spielt sich vor unseren Augen ein Kampf oder auch ein Schachspiel ab. Wir sehen Hrn. Windthorst sich bemühen, die Verantwortung den Bischöfen zuzuschieben. (Ruf im Centrum: Im Gegentheil!) Nicht im Gegentheil; die Regierung soll sich ja mit den Bischöfen vereinigen. Die Bischöfe haben sich nicht geäußert, trotz der Vollmacht des Papstes; denn wenn sie sich geäußert hätten, so wäre ja der wieder eingebrachte Antrag Windthorst unnüthig. Was über die Stimmung der Bischöfe in die Deffentlichkeit gedrungen ist, läßt ja darauf schließen, daß ihr principeller Standpunkt vom August vorigen Jahres nicht mehr unbedingt festgehalten wird. Auch die Aeußerungen in der Presse sind ganz sichere Kennzeichen, daß auch im Clerus keineswegs die Stimmung so geschlossen ist, wie Graf Strachwitz anzunehmen scheint. (Abg. Windthorst: Einige Domherren!) Die Domherren sind nicht bloß Menschen, sondern auch Cleriker, und wenn diese meinen, das Gesetz sei tolerabel, so ist dies ein sicheres Argument von meinem Standpunkt aus gegen die Ausführungen des Grafen Strachwitz. Diese Frage ist ja auch im „Westfälischen Volksblatt“ erörtert worden, welches im directesten Anschluß an das Generalvicariat von Paderborn erscheint. Dieses Blatt ist ausdrücklich zu der Erklärung ermächtigt worden, daß der Bischof die Annahme der Vorlage unter gewissen Vorbehalten rücksichtlich der Verwendung für zulässig erachtet. Von einer einheitlichen Stimmung ist also nicht die Rede, auch wenn es sich nur um ein einziges Domkapitel handelte. Nun hat Herr Windthorst heute erneut darauf hingewiesen, daß das von mir verlesene Schriftstück gleichgültig sei. Ich nehme ihm nicht übel, diese Ansicht zu hegen. Aber ich füge hinzu, daß er auch beim Ministerpräsidenten nachgeforscht hat, ob ich mit meinen Erklärungen nicht zu weit gegangen wäre.

Der Ministerpräsident hat ausdrücklich gesagt, der Cultusminister ist so weit gegangen, als er gehen konnte, und wenn es verlangt wird, kann man weiter gehen und wird ihm Namen nennen. (Abg. Windthorst: Thun Sie es!) Ich thue es nicht. (Heiterkeit; Unruhe im Centrum.) Nun hat Hr. Windthorst heute davon geredet, daß irgend ein unbekannter Mann der preussischen Regierung die betreffende Mittheilung gemacht habe und daß das System der Spitzel auch gegen den Vatican angewendet werde. Ich bitte ihn, sich mit den Leuten abzufinden, die er vermuthet. Der Weg, der hier begangen ist, ist einer, welchen der heilige Vater selbst betritt, um mit der preussischen Regierung in Verbindung zu treten. Daß das ein anderer Weg ist, als der, den Herr Windthorst vorgezogen hätte, ist ja möglich, aber der heilige Vater, der ja auch eine hohe diplomatische Mission hat, benutzte eben verschiedene Wege. Die von mir abgegebene Erklärung war meines Erachtens eine Brücke, welche abzureißen Herr Windthorst nicht nöthig hatte. Immer mit Emphase zu sagen: Es ist das Alles nicht wahr, halte ich für unvorsichtig. Nachdem diese Brücke abgebrochen werden soll, nachdem die Bischöfe noch nicht entschlossen sind, derselben Auffassung wie Herr Windthorst zu sein, wäre es doch besser gewesen, das Maß der Verantwortung nicht auf sich zu nehmen, wie er es heute thut. Ich bedauere das; denn seine Hoffnung auf die Zukunft kann möglicherweise eine trügerische sein. Ich bin zu keiner Erklärung ermächtigt, welche die von Herrn Windthorst eröffnete Frage berührt, ob die Sache weiter verhandelt werden kann. Wenn ich heute einen solchen Beschluß extrahiren würde, würde er vielleicht negativer sein, als mir persönlich lieb ist. Innerhalb der Regierung sind auch Menschen, welche eine gewisse politische Ehre haben und nicht vergessen können, was hier für Vorwürfe gegen sie erhoben worden sind. Ich habe absichtlich keine Erklärung extrahirt, um mir den Weg für die Zukunft nicht selber zu verschließen. Ich bedauere das Scheitern der Vorlage. Scheitert das Gesetz, so scheitert damit nicht unser guter Wille, und ich hoffe, daß diese Auffassung auch an anderer Stelle anerkannt wird. (Beifall rechts.)

Abg. v. Rauchhaupt (conf.): Abg. Windthorst hat es so dargestellt, als ob wir Hrn. Stöcker vorgeschickt hätten. Wir haben Hrn. Stöcker sprechen lassen, weil er persönlich angegriffen war, er hat lediglich für seine Person gesprochen. Namens der Partei habe ich zu erklären, daß wir gegen das Gesetz stimmen werden, da es nicht möglich gewesen ist, die Zustimmung des Centrums zu erreichen, da es nicht einmal möglich gewesen ist, ein tolerari posse vom Centrum zu erlangen.

Abg. v. Stabrowski (Pole): Wenn auch einige Domherren die Vorlage annehmen möchten, so werden wir sie doch nicht annehmen, denn es handelt sich hier um die Wahrung des Eigenthumsrechtes, um die Wahrung eines großen Princips.

Abg. v. Zedlitz (freicons.): Wir werden wohl nicht in den Verdacht gekommen sein, Hrn. Stöcker vorgeschickt zu haben; wenn jemand Interesse am Staub aufwirbeln hatte, so lag es auf der anderen Seite. Ein Anlaß, unsere Stellung, die wir in erster Lesung gekennzeichnet haben, zu ändern, liegt nicht vor. Wir werden daher die Vorlage ablehnen. Wenn die Herren

von demselben friedlichen Sinne befehl sind wie wir, dann würde es ihnen leicht sein, die Beruhigung der Bevölkerung herbeizuführen; aber man scheint die Beruhigung nicht zu wollen. Sie tragen die Verantwortung für das Scheitern der Vorlage.

Abg. Brandenburg (Centr.): Es handelt sich bei den eingestellten Staatsleistungen nicht um Leistungen der Gnade, sondern um Leistungen auf Grund rechtlicher Verpflichtungen; die Katholiken haben sich trotz der Sperre als gute Bürger bewiesen, der Staat mußte diesen Uebergang in das Gebiet der Kirche zurücknehmen. Die einfache Folge davon ist, daß der Staat die Gelder zurückgeben muß, und zwar nicht in Form einer Rente. Alle Gründe, die dagegen angeführt worden sind, sind dem Volke unverständlich. Die Vorlage hat einen revolutionären Charakter, sie erinnert an das Vorgehen Jungitaliens gegen die opere pie. Daß die Zustimmung des heil. Vaters erfolgt ist, ist widerlegt; deshalb werden wir gegen die Vorlage stimmen.

Abg. Hübner (nat.-lib.): Da das Centrum gegen die Vorlage stimmen will, so können wir nach unseren früheren Erklärungen ebenfalls nicht für die Vorlage stimmen. In eine Zwangslage wird das Centrum nicht gebracht, denn es wird nicht gezwungen, etwa das Sperrgesetz von 1875 nachträglich anzuerkennen. Hier handelt es sich lediglich um die Ausführung eines Paragraphen eines bestehenden Gesetzes, über welches selbst ihm das Urtheil unbeschränkt bleibt. Das Centrum ist nicht die Vertretung des katholischen Volkes, aber es legt immer sein Urtheil als das Urtheil aller Katholiken in die Waagschale, und deshalb mußten wir das Zeugniß des Centrums für dieses Gesetz haben. Wir haben die äußerste Mühe aufgewendet, um zu einer friedlichen Lösung zu kommen. Wir wollen das Vergangene ruhen lassen; seitens des Centrums ist das nicht geschehen; auch heute ist immer von neuem der Versuch gemacht worden, den Werth oder Unwerth des Gesetzes von 1875 in die Discussion zu ziehen. Nach den heutigen Erklärungen kommen wir zu dem Resultat: es ist besser, die Sache bleibt unerledigt und wir nehmen sie in einer Zeit einmal wieder auf, wo sich die Anschauungen mehr genähert haben.

Die Generaldiscussion wird geschlossen. Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen. U. a. sagt der

Abg. Borsch (Centr.): Hr. Stöcker sagte dem Centrum gegenüber wörtlich: „Sie haben Moses und die Propheten. Ich weiß nicht, was Moses und die Propheten bei Ihnen sind, aber das Evangelium und die rechte Stellung zur Obrigkeit fehlt Ihnen“. Diese Worte des Stenogramms, das ich sofort eingesehen habe, hat Herr Stöcker dahin geändert, daß er aus dem Worte „und“ die Worte „das heißt“ gemacht hat, so daß der Satz jetzt lautet: „Das Evangelium, das heißt die rechte Stellung zur Obrigkeit fehlt Ihnen.“

Darauf tritt das Haus in die Specialberathung ein. Art. 1 lautet: „Diejenigen Beträge, welche auf Grund der gemäß § 1 des Gesetzes vom 22. April 1875 erfolgten Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln aufgesammelt sind, werden bei dem Inkrafttreten gegenwärtigen Gesetzes zu Gunsten der allgemeinen Staatsfonds vereinnahmt. Dagegen wird vom 1. April 1890 ab aus allgemeinen Staatsfonds für kirchliche Zwecke der katholischen Kirche eine jährliche Rente von 560 480,58 Mk. verwendet.“ — Dazu beantragt **Abg. Windthorst**, unter Ablehnung des Art. 1 die Regierung aufzufordern, „zunächst mit den kirchlichen Oberen weitere Verhandlung zur Erreichung eines Einverständnisses über die Art der Verwendung derjenigen Beträge, welche auf Grund der gemäß § 1 des Gesetzes vom 22. April 1875 erfolgten Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln aufgesammelt sind, zu pflegen und demnächst je nach dem Ergebnisse dieser Verhandlung dem Landtage einen neuen Gesetzentwurf über die Verwendung der betreffenden Beträge vorzulegen.“

Abg. Windthorst: Ich wiederhole, daß der heilige Stuhl keine Stellung zu dieser Sache genommen hat. Der Minister behauptet, er habe das auf demselben Wege erfahren, auf welchem der heilige Vater auch Nachrichten einzieht. Ich behaupte, daß die Quelle, auf die er sich bezieht, unrichtige Informationen hat, und ich empfehle der Regierung diese Quelle ferner nicht zu benutzen. Der Bischof von Paderborn kann keine andere Erklärung abgegeben haben als die übrigen Bischöfe, und er könnte seine Anschauungen nur mit Zustimmung seiner confratres geändert haben. Daß ich keine Nachforschung über die Stellung des Cultusministers bei dem Ministerpräsidenten angestellt habe, kann der Ministerpräsident selbst bestätigen. Der Cultusminister hat wohl optima fide gesprochen, aber er kann sich irren, und er hat sich geirrt. Er mußte uns doch genau sagen, woher er das betreffende Schreiben hat. Im parlamentarischen Leben kann nichts geheim bleiben. Der Abg. Hübner beklagt es, daß wir einseitig unsere Kirchenverhältnisse vertreten. Das thun aber auch die Protestanten, selbst da, wo sie glauben es nicht zu thun. Wo mehrere Confessionen bestehen, bleibt nichts übrig, als sich gegenseitig zu verpflichten. Können wir uns heute nicht einigen, so scheiden wir jedenfalls nicht von der Sache ohne die Hoffnung, daß was heute nicht, vielleicht morgen geschieht. Sie haben uns nöthig und wir haben Sie noch nöthiger, weil Sie die Majorität haben. Weil Sie solche Macht haben, sollten Sie uns nicht immer niedersinken. Die Cartellparteien, die hier gegen uns stimmen, sind nichts anderes als die Sammlung der Protestanten des Hauses.

Abg. Rickert: Die letzte Erklärung des Abg. Windthorst trifft doch nicht zu. Nicht alle Protestanten denken so wie die Majorität hier. Gerade weil dadurch der Schein erweckt wird, als ob es sich hier um einen Kampf zwischen zwei Confessionen handelt, bedauern wir die uns unverständlichen taktischen und diplomatischen Züge der Majorität. Man urtheilt nicht nach der Sache, sondern man läßt sich bei der Abstimmung durch das Verhalten des Centrums bestimmen. Nur weil es nicht gelingt, das Centrum zu zwingen, daß es für das Gesetz stimmt, ist man auch gegen dasselbe. Das darf kein Grund für einen Gesetzegeber sein. (Sehr richtig links und im Centrum.) Wir haben unsere Auffassung bereits in der ersten und zweiten Lesung dargelegt. Wir werden, wenn Sie unser Bedenken bei § 3 beiseitigen, für das Gesetz stimmen, ohne Rücksicht auf das Centrum, auch wenn wir ganz allein mit dem Abgeordneten v. Meyer-Arnswalde sind. (Heiterkeit.) Er wird dabei vielleicht eine gewisse Beängstigung empfinden, wir nicht. Auch die heutigen Erklärungen des Abg. Hübner reichen nicht aus, das Verhalten der Majorität zu rechtfertigen. Hr. Hübner sagt, dieselbe wird die Frage wieder aufnehmen, wenn das Centrum williger ist, das Gesetz anzunehmen; also man legt alles in die Entscheidung dieser Partei, obwohl man sachlich mit dem Gesetz einverstanden ist. Ist das richtig? Nicht einen einzigen Präcedenzfall haben wir für ein solches Verhalten. Es ist jedenfalls sehr bedenklich, und wir müssen dagegen protestiren. Durch derartige taktische Züge kann das Ansehen der Gesetzgebung nicht gewinnen. Wir sollen sachlich entscheiden ohne Ansehen der Partei und der Person. (Bravo! links.)

In der Abstimmung wird der Antrag Windthorst auf erneute Verhandlung mit den kirchlichen Oberen gegen die Stimmen des Centrums, der Polen und des conf. Abg. Knoch, der Antrag Brüel auf Herausgabe des Kapitals gegen die Stimmen des Centrums, der Polen, der conf. Abgg. Knoch und Sack und des freis. Abg. Langerhans abgelehnt, ebenso Art. 1 der Regierungsvorlage, für welchen nur der Abg. Meyer-Arnswalde und der größte Theil der Freisinnigen stimmen. Die

übrigen Artikel werden ebenfalls abgelehnt, womit die Vorlage beseitigt ist.

Nächste Sitzung: Montag.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 7. Juni. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 185—192. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 175—180, russ. loco ruhig, 100—106. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverzollt) ruhig, loco 69. — Spiritus matt, per Juni-Juli 22 Br., per Juli-August 22 1/2 Br., per Aug.-September 23 Br., per Septbr.-Oktbr. 23 1/4 Br. — Raffee ruhig, Umsatz 1500 Sack. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6.85 Br., per Aug.-Debr. 7,20 Br. — Wetter: Regenschauer.

Hamburg, 7. Juni. Raffee. Good average Santos per Juni 88 1/2, per September 87 1/2, per Dezember 80 3/4, per März 1891 79. Behauptet.

Hamburg, 7. Juni. Zuckermarkt. Rübenroh Zucker 1. Product, Basis 88% Rendement, neue Usance, f. a. B. Hamburg per Juni 12,32 1/2, per August 12,47 1/2, per Oktober 11,87 1/2, per Dezember 11,92 1/2. Steifig.

Havre, 7. Juni. Raffee. Good average Santos per September 109,50, per Dezember 101,00, per März 1891 98,50. Behauptet.

Bremen, 7. Juni. Petroleum (Schlußbericht) Ruhig. Standard white loco 6,75 Br.

Frankfurt a. M., 7. Juni. Effecten-Societät. (Schluß) Credit-Actien 266 1/2, Franzosen 200 7/8, Lombarden 122 3/4, Aegyptier 99,50, 4% ungar. Goldrente 90,20, Gotthardbahn 170,60, Disconto-Commandit 224,70, Dresdener Bank 157, Laurahütte 142,25, Gelsenkirchen 162,40, Solktürken 93,40. Fest.

Wien, 7. Juni. (Schluß-Course.) Oesterr. Papierrente 89,10, do. 5% do. 101,50, do. Silberrente 89,90, 4% Goldrente 109,60, do. ungar. Goldrente 103,65, 5% Papierrente 99,80, 1860er Loos 139,80, Anglo-Aust. 156,25, Länderbank 232,60, Creditact. 306,00, Unionbank 245,50, ungar. Creditactien 343,50, Wiener Bankverein 119,25, Böhm. Westbahn 340, Böhm. Nordb. 216,00, Busch, Eisenbahn 445, Dur-Bodenbacher —, Elbethalbahn 233,00, Nordbahn 276,50, Franzosen 230,50, Galizier 193,75, Lemberg-Czern. 232,00, Lombarden 139,25, Nordwestbahn 214,25, Barbubitzer 175,00, Alp.-Mont.-Act. 99,75, Tabakactien 123,50, Amsterdamer Wechsel 96,85, Deutsche Bläse 57,40, Londoner Wechsel 116,85, Pariser Wechsel 46,42 1/2, Napoleons 9,32 1/2, Marknoten 57,40, Russ. Banknoten 1,34 1/4, Silbercoupons 100,00, Bulgarische Anleihe 109,00.

Amsterdam, 7. Juni. Getreidemarkt. Weizen per Novbr. 194, Roggen per Okt. 116—117, per März 119—118—119.

Antwerpen, 7. Juni. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen unverändert. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

Antwerpen, 7. Juni. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loco 17 1/4 bez. und Br., per Juni 17 1/4 Br., per Aug. 17 3/8 Br., per Sept.-Dezember 17 1/2 Br. Ruhig.

Paris, 7. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Juni 25,40, per Juli 24,90, per Juli-Aug. 24,60, per Sept.-Debr. 23,60. — Roggen ruhig, per Juni 16,90, per Septbr.-Debr. 15,20. — Mehl ruhig, per Juni 54,50, per Juli 54,60, per Juli-August 54,70, per Sept.-Dez. 53,40. — Rüböl matt, per Juni 69,25, per Juli 68,25, per Juli-August 67,50, per Septbr.-Debr. 66,50. — Spiritus ruhig, per Juni 37, per Juli 37,25, per Juli-August 37,25, per Septbr.-Debr. 37,50. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 7. Juni. (Schlußcourse.) 3% amort. Rente 94,97 1/2, 3% Rente 92,40, 4 1/2% Ant. 106,65, 5% italien. Rente 97,55, österr. Goldrente 95 3/4, 4% ungar. Goldrente — 4% Russen 1880 — 4% Russen 1889 97,80, 4% unific. Aegyptier 496,87, 4% span. äußere Anleihe 77 3/4, convert. Türken 19,75, türk. Loos 85,30, 4% priv. türk. Obligationen —, Franzosen 506,25, Lombarden 307,50, Lomb. Prioritäten 336,25, Banque ottomane 623,75, Banque de Paris 847,50, Banque d'Escompte 525,00, Credit foncier 1215,00, do. mobilier 470,00, Meridional-Act. 741,25, Panamacaenal-Act. 37,50, do. 5% Oblig. 30, Rio Tinto-Actien 585,60, Guajanal-Actien 237,50, Gaz Parisien 1402, Credit Lyonnais 751,25, Ca pour le Fr. et l'Étranger 557,50, Transatlantique 640,00, B. de France 4245, Bille de Paris de 1871 410, Tabacs Ottom. 282,50, 2 1/2% Conf. Angl. 97,50, Wechsel auf deutsche Bläse 122 1/16, Londoner Wechsel kurz

25,16, Cheques a. London 25,17 1/2, Wechsel Wien kurz 213, do. Amsterdam kurz 206,62, do. Madrid kurz 478, Compt. d'Escompte neue 615,00, Robinson-Act. 72,50.

London, 7. Juni. Engl. 2 3/4% Consols 97 1/2, 4% Consols 106, ital. 5% Rente 96 3/4, Lombarden 12 3/8, 4% conf. Russen von 1889 (II. Serie) 99, conv. Türken 19 1/4, österr. Silberrente 78 1/2, österr. Goldrente 95, 4% ungarische Goldrente 90 3/8, 4% Spanien 77 1/4, 5% priv. Aegyptier 104 1/4, 4% unific. Aegyptier 98 3/8, 3% garantirte Aegyptier 101 1/4, 4 1/4% ägypt. Tributanz. 99 1/2, 6% consol. Mexikaner 99 1/4, Ottomanbank 143 3/8, Guajanal-Actien 94 1/4, Canada-Pacific 85 1/4, De Beers-Actien neue 17 5/8, Rio Tinto 23 1/4, Rubinen-Actien 3 3/8 % Agio, Silber 48, Platzdisc. 2 1/2 %.

London, 7. Juni. An der Rüste 15 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Schön.

Liverpool, 7. Juni. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 5000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 Ballen. Erträge. Mittl. amerikan. Lieferung: per Juni-Juli 6 15/32 Verkäufer, per Juli-August 6 33/64 do., per August 6 17/32 do., per August-Septbr. 6 31/64 do., per Septbr.-Oktbr. 6 3/64 do., per Oktbr.-November 5 7/8 Käuferpreis, per Novbr.-Dezember 5 53/64 Werth, per Dezember-Januar 5 13/16 Käuferpreis, per Januar-Februar 5 13/32 d. do.

Newyork, 7. Juni. (Schluß-Course.) Wechsel auf London (60 Tage) 4,84 1/4, Cable-Transfers 4,87 1/2, Wechsel a. Paris (60 Tage) 5,18 3/8, Wechsel auf Berlin (60 Tage) 95 1/8, 4% fundirte Anleihe 122, Canadian-Pacific-Actien 83 1/4, Central-Pacific-Actien 36, Chic.-u. North-Western-Act. 115 3/8, Chic., Mil.-u. St. Paul-Act. 77 3/8, Illinois-Central-Act. 116, Lake-Shore-Michigan-South-Act. 113 3/8, Louisville- und Nashville-Actien 90, Newy. Lake-Erie u. Western-Actien 28 3/8, Newy. Lake-Erie u. West. second Mort.-Bonds 104 1/4, Newy. Central-u. Hudson-River-Actien 109 1/4, Northern-Pacific-Preferred-Act. 85, Norfolk u. Western-Preferred-Actien 65, Philadelphia- und Reading-Actien 47, St. Louis-u. S. Franc.-Pref.-Act. 65, Union-Pac.-Actien 67 3/8, Wabash, St. Louis-Pacific-Pref.-Act. 29 1/2. — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 12 1/4, do. in New-Orleans 11 7/8, Raff. Petroleum 70 % Abel Fett in Newyork 7,20 Cb., do. in Philadelphia 7,20 Cb., rohes Petroleum in Newyork 7,35, do. Pipe line Certificats per Juli 87 3/8, ziemlich fest. — Schmalz loco 6,15, do. Rohe und Brothens 6,60. — Zucker (Fair refining Muscovados) 4 15/16. — Raffee (Fair Rio-) 20, Rio Nr. 7, low ordinary per Juli 17,02, per Sept. 16,62.

Productenmärkte.

Stettin, 7. Juni. Getreidemarkt. Weizen behauptet, loco 180—186, do. per Juni-Juli 188,50, do. per September-Oktob. 176,00. — Roggen behauptet, loco 143—153, do. per Juni-Juli 148,00, do. per Sept.-Okt. 144,00. — Bohn. Hafer loco 162—165. — Rüböl unverändert, per Juni 70,50, per Septbr.-Oktbr. 55,60. — Spiritus still, ohne Fak mit 50 M. Consumsteuer 54,00 M., mit 70 M. Consumsteuer 34,00 M., per Juni mit 70 M. Consumsteuer 33,80, per August-Septbr. mit 70 M. Consumsteuer 34,30. — Petroleum loco 11,85.

Thorner Wechsel-Rapport.

Thorn, 7. Juni. Wasserstand: 0,04 Meter. Wind: SW. Wetter: Regen, Gewitter. Stromauf: Von Danzig nach Thorn: Greifer, 1 Güterdampfer, 1 Sch., diverse Stückgüter. Stromab: Epstein, 7 Trafften, Lewin, Wilna nach Schulitz und Danzig, 169 Rundschiffen, 454 Rundschiffen, 229 Rundschiffen, 46 Rundschiffen, 8150 St. Rantholz, 7315 Cleeper, 24246 Hef., 270 eichene Eisenbahnschwellen. 3. Epstein, 3 Trafften, Epstein, Bialystok, Thorn, 1740 Rundschiffen, 200 Rundbännen. Runicki, 3 Trafften, Ehrlich, Krnlow, 1346 Blancons, 1515 St. Rantholz. Maczek, 4 Trafften, Schulz, Inhocin, Bromberg, 2309 Rundschiffen.

Verantwortliche Redaction: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Gertmann, — das Feuilleton und literarische: S. Ködner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine- und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Stein, — für den Inseratentheil: A. W. Rasemann, sämmtlich in Danzig.